

Rente in Deutschland: Im Reformstau zur Altersarmut

© picture-alliance / dpa

Von

Patrick Mayer

Aktualisiert am 11. Mai 2016, 17:42 Uhr

Schon jetzt bringen sich die Parteien für den Bundestagswahlkampf 2017 in Position. Ein großes Thema dürfte die angedachte Reform des Rentensystems sein. Wie dramatisch hier die Probleme sind, wer Schuld trägt und was dagegen getan werden kann – Antworten eines Renten-Experten.

Die SPD muss der Anwalt des kleinen Mannes werden, forderte unlängst ihr Vorsitzender und Vizekanzler [Sigmar Gabriel](#). Das Pathos verwundert nicht. Die Sozialdemokraten sind bei den [Umfragewerten weiter im freien Fall](#). Im Herbst 2017 ist [Bundestagswahl](#), und der Wahlkampf hat wohl schon begonnen.

Was bei der Strategie der SPD ganz oben stehen dürfte: die Rente.



Gerüchte um Gabriel-Rücktritt

SPD weist angebliche Rückzugspläne des Parteichefs vehement zurück.

Kein Wunder: Gerade die heute 30-Jährigen drohen im Vergleich zur aktuellen Rentnergeneration drastisch weniger Geld im Alter zu bekommen. Seit Jahrzehnten wird über eine nachhaltige Rentenreform gestritten.

Wir sprachen mit dem renommierten Renten-Experten Dieter Wilhelmi über ein hochbrisantes Thema, das die Menschen über Generationen hinweg bewegt. Was läuft in der Rentenpolitik falsch?

Herr Wilhelmi, Sie beklagen Ungerechtigkeiten in der Rentengesetzgebung. Was meinen Sie damit konkret?

Dieter Wilhelmi: Das größte Problem ist die Herabsetzung des Rentenniveaus. Dadurch verlieren die Menschen sehr viel Geld und kommen in die Altersarmut.

Altersarmut klingt drastisch. Wie ernst ist dieses Problem bereits?

Die Entwicklung läuft, weil das Rentenniveau weiter fällt. Die Leute, die sich das ausgedacht haben, haben falsch gerechnet. Das trifft jetzt Facharbeiter, die 40 Jahre und mehr eingezahlt haben. Die kommen an ihr Existenzminimum.

Das heißt, dass sie Grundsicherung beantragen müssen, obwohl sie 40 Jahre eingezahlt haben. Es kann nicht sein, dass sich der Staat jahrelange der Rentenkasse bedient, die Leute zwingt, alle Krisen mitzutragen, Zinsen zu verlieren - und diese jetzt nicht mal in Würde in Rente gehen können.

Sie meinen, dass aus der Rentenkasse woanders im Bundeshaushalt Löcher gestopft werden?

Ja, der Staat hat eigentlich eine Verpflichtung. Er ist seinerzeit den Generationenvertrag eingegangen, hat sich aber von diesem wieder gelöst.

Wir haben Millionen Menschen nach Deutschland zurückgeführt, die bedienen sich alle der Rentenkasse. 16 Millionen Bürger der ehemaligen DDR haben einst vier Milliarden D-Mark eingezahlt, kassieren aber jetzt 104 Milliarden Euro aus der Rentenkasse. Das sind Einkommenslöhner, die den Staat zahlen müssen.

sind Folgekosten, die der Staat zahlen muss.

Der stiehlt sich aber aus der Verantwortung. Nur, weil der Herr Schäuble (*Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, d. Red.*) die schwarze Null haben möchte.

Betrifft die Gefahr von Altersarmut bereits die Generation, die unmittelbar vor der Rente steht, oder vor allem die aktuell 30-Jährigen?

Man muss sich auf Rentenkürzungen bis zu 700 Euro netto gefasst machen. Zurzeit liegen wir bei 300 bis 400 Euro weniger Rente, je nachdem, was eingezahlt wurde. Das ist der Durchschnitt aktuell bei Facharbeitern.



Putzfrau knöpft sich Gabriel vor

SPD-Konferenz: Ruhrpottlerin legt das Dilemma der Partei offen.

Das heißt, dass sich unser aktuelles Rentensystem gar nicht mehr trägt?

Doch, durch die wirtschaftlich gute Lage. Das Problem ist, dass sich der Staat der Rentenkasse für die Finanzierung der Mütterrente und der Kindererziehungszeiten bedient. Das Geld fehlt wiederum in der Rentenkasse. Die Politik versagt aktuell.

Sie ist über die jährlichen Rentenberichte informiert, tut aber nichts. Die aktuelle Politik ist vor allem für die Arbeitgeber günstig, weil die Rentenbeiträge klein gehalten werden. Die Regierung Merkel, die Regierung Schröder, die Regierung Kohl – alle haben sich auf die demografische Entwicklung bezogen und erklärt, das sei nicht mehr zu bezahlen.

Dass bei der Rentenfinanzierung die Stellschrauben permanent geändert werden müssen, ist doch normal. Aber nicht nur zu Lasten der Arbeitnehmer, und bei den Beamten bleibt die Pension gleichzeitig bei 72 Prozent des Einkommens stehen.

Was muss passieren?

Das Rentenniveau muss wieder auf 75 Prozent angehoben werden, für alle. Ich wäre ja schon froh, wenn es wieder bei 50 Prozent wäre. Ich kann doch nicht das Rentenniveau von einstmal 75 Prozent auf heute 48,3 Prozent kürzen. Die Arbeitnehmer werden um ihr Geld gebracht.

Die Verantwortung ist demnach parteiübergreifend zu suchen?

Ja. Jetzt haben wir die Große Koalition, die könnte doch regeln, dass die Menschen in Würde in Rente gehen, dass sie nicht in Armut untergehen im Alter.

Dabei haben wir eine sozialdemokratische Partei in der Regierung. Das ist ein Trauerspiel. Die haben das doch alles mit verpatzt, durch Schröder, Riester und Rürup. Die belügen und betrügen die Arbeitnehmer. Man muss sich mal überlegen, warum die [AfD](#) nun so einen Zuspruch hat.

Ich habe in meiner Beratung Leute sitzen, die klagen und unzufrieden sind. Dahinter verbirgt sich eine große Gefahr. Wir hatten so was schon mal in unserer Geschichte.

Was wäre ein Lösungsansatz?

Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Ich kenne das Schweizer Modell nicht genau, aber das soll sehr interessant sein. Man muss das nicht direkt abkupfern, aber man kann Vorschläge daraus übernehmen.

Alle Bürger zahlen in eine solche Rentenversicherung gleichermaßen ein: die Selbständigen, die Besserverdienenden, die Beamten – alle auf demselben Niveau.

Sie können sich gar nicht vorstellen, was das für ein Gefühl ist, in die Armut abzurutschen. Die Leute sitzen hier bei mir am

Sie können sich gar nicht vorstellen, was das für ein Gefühl ist, in die Pinnat abzurutschen. Die Leute sehen mich an, an Schreibtisch und zittern, sagen, das kann doch nicht angehen, dass ich so wenig Rente bekomme.